

Der Politiker Eduard Suess

PETER CSENDES

Als bahnbrechender Geologe und Paläontologe hat Eduard Suess Eingang in die großen Nachschlagewerke gefunden, wenngleich seine Leistungen beim Aufbau der Geowissenschaften und im Rahmen der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften selbst im akademischen Umfeld verblasst sind. In der allgemeinen Erinnerung wird sein Name am ehesten mit der ersten Wiener Hochquellenwasserleitung in Verbindung gebracht. Davon zeugt sein 1928 von Franz Seifert geschaffenes Denkmal am Wiener Schwarzenbergplatz in der Nähe des Hochstrahlbrunnens, mit dessen Inbetriebnahme 1873 die Hochquellenleitung eröffnet wurde. Ein bedeutender Aspekt im Leben von Suess bleibt jedoch zumeist völlig außer Acht, sein Wirken als Politiker.

Im Kaisertum Österreich, und damit auch in der Haupt- und Residenzstadt Wien, bestand nach 1850 ein erheblicher Aufholbedarf auf technischem, wirtschaftlichem und auch gesellschaftlichem Gebiet. Baulich hatte man in Wien diesen Erkenntnis durch den Abbruch der Basteien und die Vereinigung der Stadt mit den Vorstädten Rechnung getragen, doch erforderten der Zuwachs an Bevölkerung und eine zunehmende Industrialisierung grundlegende Verbesserungen der Infrastruktur. Dabei zeigte sich, dass es nicht allein der Stadtverwaltung an Fachkräften mangelte, sondern dass auch die Expertise oft überhaupt erst entwickelt werden musste. Suess, 1862 zum a.o. Professor für Geologie ernannt, zählte zu jenen, die diese Zusammenhänge und damit auch die Erfordernisse klar erkannten. Sein berühmtes Werk „Der Boden der Stadt Wien nach seiner Bildungsweise, Beschaffenheit und seinen Beziehungen zum bürgerlichen Leben“, 1862 erschienen, zeigte deutlich auf, welche enorme praktische Bedeutung den Ergebnissen einer modernen Grundlagenforschung zukommen konnte. Er machte klar, dass die Erforschung der geologischen Situation die Voraussetzung dafür war, wesentliche Projekte in Angriff zu nehmen, die man als dringend ansah. Dazu gehörten in Wien die Donauregulierung, die grundlegende Verbesserung der Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsprojekte, aber auch die Schaffung eines Zentralfriedhofs.

Im Jahr 1861 war man nach dem Scheitern des Neoabsolutismus zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückgekehrt. Der neu gewählte Wiener Gemeinderat umfasste 120 Mitglieder, die in drei Kurien nach dem Zensuswahlrecht, jedoch als Einzelpersonen gewählt worden waren. Diese Politiker waren fast durchwegs liberalen Grundvorstellungen verpflichtet, vertraten aber unterschiedliche Interessen. Das führte zur Bildung verschiedener Gruppen im Gemeinderat, die in Zusammensetzung und Umfang immer wieder wechselten. Bürgermeister wurde Andreas Zelinka (1802–1868), sein Stellvertreter und späterer Nachfolger war Cajetan Felder (1814–1894), die eindrucksvollste Persönlichkeit dieser liberalen Ära. Zelinka, der die Bedeutung der Arbeit von Suess erkannte, trat an diesen heran und gewann ihn zur Mitarbeit im Gemeinderat, in den er 1863 auch gewählt wurde. Suess schloss sich wie seine Förderer der größten Gruppe, der sogenannten „Mittelpartei“, an, die zwischen den Exponenten des Großkapitals – den „Rechten“ oder „Radikalen“ – und der „Linken“ oder „Äußersten Linken“ standen, den Vertretern des Mittelstandes, vor allem der kleinbürgerlichen Handwerker und Gewerbetreibenden. Diese tragende Gruppe des Gemeinderats glaubte an die entscheidende Rolle des Fachmanns bei der Lenkung der Gemeinde, der über dem Parteiengzänk stand und so besonders dem Allgemeinwohl dienlich sein konnte. So waren neben Suess noch andere Wissenschaftler wie der Mathematiker

Adam Burg (1797–1882) oder der Physiker Leander Ditscheiner (1839–1905), aber auch prominente Architekten wie August Sicard von Sicardsburg (1813–1868), Ludwig Förster (1797–1863) und Carl Hasenauer (1833–1894) Angehörige der Gemeindevertretung in der liberalen Ära. Suess nahm seine Funktion als Gemeinderat sehr ernst. Er arbeitete in mehreren Kommissionen mit, war aber insbesondere für die Wasserleitungs- und die Donauregulierungskommission tätig, wo er natürlich sein fachliches Wissen und Können einsetzen und auf diese Weise Erfolge erringen konnte, die auch in Erinnerung geblieben sind. Beide Projekte waren infolge ihres Umfangs und der außerordentlichen finanziellen Belastungen für die Stadt politisch umstritten und brachten auch Suess Kritik und Gegnerschaft ein.

Ein weiterer Schwerpunkt seines politischen Wirkens lag im Bildungsbereich. Die liberale Stadtverwaltung hatte schwere Mängel im Schulwesen erkannt, dem es vor allem an weiterführenden Schulen fehlte. 1863 wurde daher beschlossen, in jedem Bezirk eine Bürgerschule zu errichten, die sich deutlich von den Volksschulen, deren Wesen durch das Konkordat von 1855 stark konfessionell geprägt war, unterscheiden sollten. Eine Voraussetzung für das Gelingen dieser Reform war aber die Sicherstellung einer entsprechenden Lehrerausbildung. In den diesbezüglichen Bemühungen übernahm Suess eine führende Rolle als Mitglied des eigens eingerichteten Komitees der Schulsektion des Gemeinderats. Ungeachtet der staatlichen Zurückhaltung gelang es schließlich im Jahr 1868, mit dem Lehrerpädagogium eine moderne Ausbildungsstätte für Lehrkräfte zu eröffnen. Dieser Erfolg in der Verbesserung des Schulwesens konnte nach der Verabschiedung des Reichsvolksschulgesetzes 1869, das den Gemeinden die Verantwortung für das Elementarschulwesen übertrug, fortgesetzt werden. Auch am Zustandekommen dieses wegweisenden Gesetzes hatte Suess intensiv Anteil genommen. Er war in dieser Zeit auch im Auftrag des Unterrichtsministeriums als Landesschulinspektor tätig, um in Nieder- und Oberösterreich den Zustand der Realschulen zu erheben. Die Stadt Wien ernannte Suess 1873 insbesondere wegen seiner Verdienste um die Wasserversorgung zum Ehrenbürger. Noch in diesem Jahr, das auch die Wiener Weltausstellung und den verheerenden Börsenkrach erlebte, legte Suess sein Gemeinderatsmandat zurück, nachdem seine Stellungnahme gegen eine Prämienanleihe zur Finanzierung der Hochquellenleitung, die persönliche Anfeindungen nach sich gezogen hatte, erfolglos gewesen war. In den Jahren 1882–1886 sollte Suess noch einmal in den Wiener Gemeinderat zurückkehren, doch konnte er in dieser Endphase liberaler Dominanz im Gemeinderat keine entscheidende Wirkung entfalten. So wies er es auch von sich, als ihn Gesinnungsfreunde als Bürgermeister ins Gespräch bringen wollten.

Im Jahr 1869 war Eduard Suess auch in den niederösterreichischen Landtag gewählt worden, wo er auf Grund seiner praktischen Erfahrung sogleich bei der Verabschiedung eines Landesrealschulgesetzes entscheidend mitwirken konnte. Im Landesausschuss leitete er von 1870 bis 1873 überaus erfolgreich das Schulwesen des Landes, wobei auch hier für ihn die Lehrerbildung eine wichtige Rolle spielte. Er war besonders bemüht, den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, was auch zur Gründung von Fachschulen führte. 1873 wurde Suess in den Reichsrat gewählt, dem er bis 1897 angehören sollte. Suess schloss sich im Reichsrat der linksliberalen Partei an. Er befasste sich weiter mit Bildungsfragen und kämpfte gegen die konservativen Bestrebungen, die liberalen Schulreformen rückgängig zu machen und der katholischen Kirche wieder stärkeren Einfluss auf das Schulwesen einzuräumen, wobei er allerdings den zunehmenden Verlust des liberalen Einflusses erfahren musste.

Er war jedoch auch in anderen Bereichen der Politik engagiert. Im Jahr 1879, nach dem Scheitern des Ministeriums Auersperg, wurde ihm im Übergangskabinet Stremayr ein Ministeramt angeboten, das er jedoch nicht annahm.



Abb. 1. Reden von Eduard Suss als Reichsratsabgeordneter (links oben: 18. April 1883; rechts oben: 18. Jänner 1896 im Verein „Österreichisch-Israelitische Union“ in Wien; links unten: 12. und 15. Jänner 1878; rechts unten: Wähler-Versammlung des 2. Wiener Gemeindebezirkes am 9. März 1882).

Der Wissenschaftler Suss konnte als liberaler Politiker nicht nur im Bereich seiner fachlichen Fähigkeiten, sondern auch durch seine wissenschaftlich geprägte Bereitschaft, sich in Materien zu vertiefen, auf bedeutende Erfolge verweisen, die er nicht zuletzt seinem Fachwissen verdankte. Den gesellschaftlichen Veränderungen seiner Zeit, die zur Entstehung der modernen Massenparteien führten, stand er dagegen mit merkbarer Distanz gegenüber.

Literatur

- CSENDES, P. (2009): Wien in der liberalen Ära. – In: SEIDL, J. [Hrsg]: Eduard Suss und die Entwicklung der Erdwissenschaften zwischen Biedermeier und Sezession. – Schriften des Archivs der Universität Wien, **14**, 13–21, Göttingen.
- HAMANN, B. (1983): Eduard Sueß als liberaler Politiker. – In: HAMANN, G.: Eduard Sueß zum Gedenken. – Sitz.-ber. Öst. Akad. Wiss., phil.-hist. Klasse, **422**, 79–100, Wien.
- MENTSCHL, CH. (1999): Über die Wissenschaft in die Politik. Aspekte aus dem politischen Leben von Eduard Suss. – In: CERNAJSEK, T., CSENDES, P., MENTSCHL, CH. & SEIDL, J.: „... hat durch bedeutende Leistungen ... das Wohl der Gemeinde mächtig gefördert.“ Eduard Sueß und die Entwicklung Wiens zur modernen Großstadt. – Österr. Biograph. Lexikon, Schriftenreihe **5**, 13–23, Wien // Veröff. Wiener Stadt- und Landesarchiv, Reihe B, **57**, 13–23, Wien.
- SELIGER, M. (1978): Liberale Fraktionen im Wiener Gemeinderat 1861–1895. – Forsch. u. Beitr. Wiener Stadtgeschichte, **1**, 62–90, Wien.
- SUESS, E. [Hrsg.] (1916): Eduard Sueß. Erinnerungen. – IX + 451 S., Leipzig.